



Der Vorsitzende:

Zweck unserer Aussprache ist die Fortsetzung der Erörterungen, welche im Januar in unserem Kreis über die Integrationslage stattgefunden haben. Seither ist das britische Gesuch für einen Beitritt in die EWG eingereicht worden und die Kennedy-Runde zu Ende gegangen.

Als Einleitung des heutigen Gedankenaustausches möchte ich Ihnen einige Ueberlegungen zur Kennedy-Runde geben, wie sie in der Presse nicht zu lesen waren. Dabei nehme ich an, dass Sie über die sachlichen Ergebnisse orientiert sind. Botschafter Jolles wird sich nachher zum neuesten Stand des Integrationsproblems äussern.

Wenn die Kennedy-Runde schliesslich doch zu einem Erfolg wurde, so geschah dies letztlich aus politischen Gründen. Noch in der Schlussphase bestanden bedeutende, ja unüberbrückbar erscheinende Gegensätze. Ein Kompromiss kam trotzdem zustande, weil die beiden Hauptpartner - EWG und USA - vor der Verantwortung zurückschreckten, das "atlantische Tischtuch" zu zerschneiden: denn ein Misserfolg wäre nicht ohne schwerwiegende politische Folgen geblieben. Mit andern Worten bedeutet dies, dass der Polyzentrismus, der Frankreich im atlantischen Gefüge eine gewisse Bewegungsfreiheit gestattet, doch seine Grenzen hat. Es scheint, dass Frankreich den USA gegenüber kein weiteres fait accompli zu schaffen gesonnen ist, welches den Gegensatz noch mehr vertiefen würde, in dem sich dieses Land den USA gegenüber befindet.

Auf beiden Seiten war also die Einsicht in die Tragweite eines Fehlschlages vorhanden. Dies stellt die wichtigste Feststellung dar, welche über die Kennedy-Runde zu machen ist.

Eine zweite Bemerkung drängt sich hinsichtlich der Stellung Grossbritanniens in der Kennedy-Runde auf. Ende April dieses Jahres wurde das britische Beitritts-gesuch in Brüssel übergeben - am 15. Mai wurde die Kennedy-Runde in ihren wesentlichen Elementen abgeschlossen. (Die Erörterungen über die Bereinigung der Verhandlungsergebnisse gehen zur Zeit weiter.) Während der

- 3 -

beiden Genfer Marathontagungen von Anfang Mai hatte also Grossbritannien bereits das Ziel vor Augen, in die EWG einzutreten, und es hätte ein Interesse gehabt zu zeigen, dass es die EWG-Karte mit Entschiedenheit ausspielt. Die britische Delegation in Genf hat dies jedoch nicht getan. Auf dem Chemiesektor hat sich die EWG aus wirtschaftlichen Gründen alle Mühe gegeben, gegenüber den Vereinigten Staaten eine gemeinsame Linie mit Grossbritannien zu erreichen; die EWG glaubte, mit diesen Bemühungen Erfolg gehabt zu haben. Dann kam die entscheidende Sitzung im Bureau von Windham White, in der es um die Frage ging, ob die Europäer in ihrer Gesamtheit die USA vor die Forderung der Abschaffung des ASP stellen wollten. White befragte die vier anwesenden Vertreter (USA, EWG, UK, CH) der Reihe nach. Der Vertreter der EWG bestand auf dem Verschwinden des ASP als *conditio sine qua non* für jede Gegenleistung. Der Vertreter der Schweiz begrüßte die Initiative der EWG wie auch den Umstand, dass die Alternative so klar gestellt wurde, er hob allerdings hervor, dass für gewisse schweizerische Spezialprobleme Sonderlösungen gefunden werden müssten. Der Delegierte Grossbritanniens erklärte hingegen, in der glücklichen Lage zu sein, sich mit beiden Positionen -- derjenigen der EWG wie der der USA - einverstanden erklären zu können.

In den Mitgliedstaaten der EWG wurde diese Stellungnahme Grossbritanniens sofort bekannt, und sie hat denn auch zu dem bekannten Passus in der Pressekonferenz de Gaulles vom 16. Mai 1967 geführt, wonach Grossbritannien in der Kennedy-Runde erneut bewiesen habe, dass es für einen EWG-Beitritt noch nicht reif sei.

Auch die Skandinavier haben in der Endphase der Kennedy-Runde eine Taktik befolgt, die von der unsrigen abwich, wenn auch aus andern Gründen als Grossbritannien. Sie glaubten in der Schlussphase der Verhandlungen ihre Meinungsverschiedenheiten mit der EWG vor aller Welt aufrollen zu müssen. In diesem Sinn orientierten sie die Presse und fanden harte Worte für die EWG. Demzufolge wurden auch sie in der Pressekonferenz des französischen

Staatspräsidenten mit einer atlantischen Qualifikation bedacht.

Drittens ist die Aenderung der französischen Position zur Kennedy-Runde als solcher hervorzuheben: Zu Beginn war deutlich zu spüren, dass Frankreich nichts besseres erhoffte als ihr Scheitern. Die Gründe dafür waren politischer wie wirtschaftlicher Natur. Anders lagen die Verhältnisse in der letzten Phase. Zufolge des Kompromisses von Luxemburg spielt Frankreich in der EWG mehr denn je die entscheidende Rolle, und es hat die Weichen so gestellt, dass die Kennedy-Runde ein Erfolg geworden ist. Drei Gründe, glaube ich persönlich, können für diese Aenderung angeführt werden, wobei es sich nicht um blosse Spekulationen handelt.

Zunächst sollte ein Versprechen eingehalten werden, das bei der Ausarbeitung der EWG-Agrarpolitik abgegeben wurde. Diese Agrarpolitik fordert von gewissen Partnern Frankreichs, vor allem von Deutschland, beträchtliche wirtschaftliche Opfer, die ausdrücklich<sup>nur</sup> unter der Bedingung, die Kennedy-Runde zum Erfolg zu führen, übernommen wurden. Frankreich ist dieser Verpflichtung nachgekommen.

Massgebend dürften auch wirtschaftliche Gründe mitgespielt haben. In seiner Pressekonferenz Ende 1966 behandelte de Gaulle u.a. Fragen der wirtschaftlichen Aussenpolitik und erklärte wörtlich: "La France a opté pour la libre concurrence ..". Wenige Tage nach dieser Pressekonferenz hatte ich Gelegenheit, mich mit Minister Pisani zu unterhalten, als er in offizieller Mission Bern besuchte. Pisani erklärte, die Darlegungen de Gaulles seien so gemeint, wie sie gesagt worden sind. De Gaulle habe das abschreckende Beispiels Grossbritanniens vor Augen, welches in einem protektionistischen Geleise festgefahren und sich offenbar nicht mehr daraus zu lösen imstande sei. Diese Erfahrung möchte de Gaulle seinem Lande ersparen, und eines der dazu gewählten Mittel sei der radikale Abbau des Zollschatzes. Zusammen mit dem italienischen war der französische Tarif der höchste der EWG-Länder. Wenn am 1. Juli 1968 der Gemeinsame Aussentarif in Kraft tritt, wird der französische Zollschatz einen wesentlichen Abbau erfahren

haben. Hinzu kommen dann noch die beträchtlichen Reduktionen zufolge der Kennedy-Runde. Zusammen bedeutet dies, dass der französische Industriezollschutz von durchschnittlich 21 % vor dem Inkrafttreten der EWG auf einen solchen von ca. 8 % absinken wird, d.h. einen Abbau um drei Fünftel erfährt.

Ueber einen letzten Grund können nur Vermutungen geäußert werden: Man könnte annehmen, Frankreich wollte sich durch eine positive Einstellung in der Schlussphase der Kennedy-Runde von einer Erweiterung der EWG dadurch loskaufen, dass es half, den Aussenseitern der Wirtschaftsgemeinschaft wesentliche Zollkonzessionen zu gewähren.

Als vierter Punkt ist die äusserst aktive Rolle des EWG-Kommissars Rey in der Schlussphase der Kennedy-Runde zu erwähnen. Alle wichtigen Verhandlungsprobleme liefen durch seine Hände, so auch diejenigen im Verhältnis Schweiz - EWG. Ueberzeugter Europäer, der er ist, äusserte Rey stets, dass eine Erweiterung der EWG bald kommen werde, und mir gegenüber zeigte er sich seit jeher kritisch gegenüber der französischen Politik, insbesondere gegenüber de Gaulle, dem er Opportunismus und Grundsatzlosigkeit vorwarf. Rey hat nun im Laufe des letzten Jahres eine Schwelung wenigstens insofern vorgenommen, als er sich zum Sprecher der französischen Linie in der Kennedy-Runde machte. Dies äusserte sich in seiner Zurückhaltung in der Frage der EWG-Konzessionen im Agrarsektor; hier haben die USA kein grosses Entgegenkommen gefunden, was nicht zuletzt auf die Härte zurückzuführen ist, mit welcher Rey die EWG-Agrarpolitik verteidigte. Rey hat die Möglichkeiten für einen weitgehenden Abbau der Industriezölle ausgeschöpft, hat sich dabei jedoch stets im Rahmen des für Frankreich Tragbaren gehalten. Den USA gegenüber erschien Rey streng, verhältnismässig streng auch gegenüber Grossbritannien, und er wäre wohl bereit gewesen, den Skandinaviern weit mehr entgegenzukommen; der Schweiz gegenüber war Rey von Anfang an von besonderem Wohlwollen, was wiederum mit der guten Presse übereinstimmt, über die die Schweiz seit einiger Zeit in Paris verfügt.

Rey konnte der Schweiz denn auch die meisten ihrer Sonderwünsche erfüllen, was ebenfalls in der Linie der französischen Politik lag.

Rey war auch Kandidat der Franzosen für den Vorsitz der gemeinsamen Exekutive und drang durch, nachdem Colombo diesen Posten nicht anstrebte.

Fünftens ist die Schweiz von Anfang an in der Kennedy-Runde aktiv aufgetreten, vor allem der ganz besonderen Schwierigkeiten wegen, die sich ihr auf verschiedenen Gebieten stellen. Insbesondere auch der EWG gegenüber hatte sich die Notwendigkeit intensiven Verhandeln gezeigt, so dass als Folge davon von einem eigentlichen Angewöhnungsprozess in der Zusammenarbeit mit der EWG gesprochen werden kann. In der Presse allerdings herrscht gegenüber der EWG noch verbreitetes Misstrauen; das gleiche gilt für manche Kreise unserer Wirtschaft, die vor allem der Diskriminierung wegen von Misstrauen und Ressentiments erfüllt sind. Die Ergebnisse der Kennedy-Runde haben gezeigt, dass das Vertrauensverhältnis zwischen der Schweiz und der EWG nicht eine leere Formel ist. Die erreichte Senkung der uns interessierenden EWG-Positionen beträgt im Durchschnitt gegen 40 %. Für viele Sonderfälle konnten Speziallösungen gefunden werden, die keineswegs selbstverständlich waren.

#### Botschafter Jolles:

Im folgenden möchte ich die Orientierung vom Januar fortsetzen und Ihnen dann die Fragen vorlegen, die sich für die Schweiz aus der neuen integrationspolitischen Lage ergeben.

Ende Januar hatten wir nach längerem Unterbruch eine vertiefte Aussprache über den Stand der Integration und die für die Schweiz damit verbundenen Probleme gepflogen. Die Lage hat sich seither weiter entwickelt, allerdings nicht in grundsätzlich neuer Richtung. Es handelt sich um eine Reihe von Ereignissen, die ich in Erinnerung rufen möchte, damit sie der Diskussion für die Erarbeitung einer schweizerischen Stellungnahme zugrundegelegt werden können:

1. Das Gesuch Grossbritanniens um EWG--Beitritt;
2. die französische Reaktion auf dieses Gesuch;
3. der Römer Beschluss über die Fusion der drei EWG-Exekutiven;
4. die Ergebnisse der Kennedy-Runde.

Zu Punkt vier möchte ich lediglich beifügen, dass die EWG in der Schlussphase der Kennedy-Runde als Einheit aufgetreten ist und damit ihre Handlungsfähigkeit in der Zoll- und Handelspolitik bewiesen hat. Die EWG ist somit aus der Phase der aussenhandelspolitischen Handelsunfähigkeit herausgekommen.

Zu Punkt eins: Das Beitrittsgesuch Grossbritanniens, begleitet von denjenigen Dänemarks und Islands, ist unter andern Umständen gestellt worden als vor fünf Jahren. Jetzt wird es von einer wesentlich grösseren Mehrheit des Parlaments gedeckt und stellt damit eine Willensäusserung sämtlicher britischer Parteien dar. Das Gesuch wird mit grösserem politischem Gewicht vorgetragen und die Formulierungen sind eindeutiger ausgefallen. Grossbritannien hat diesmal keine Vorbehalte angebracht und auch nicht vorfrageweise untersuchen wollen, ob ein Beitritt zur EWG möglich wäre. Vielmehr wird im Gesuch einfach die Absicht geäussert, Grossbritannien wolle der EWG beitreten.

Dem Beitrittsgesuch gingen zwei EFTA-Ministerkonferenzen voraus, jene vom Oktober 1966 in Lissabon und jene vom April 1967 in London. Bei der Londoner Konferenz hatten sich keine zusätzlichen Anhaltspunkte ergeben zu jenen, die bereits im Januar bekannt waren. Insbesondere konnten die britischen Vertreter über die Aussichten neuer Beitrittsverhandlungen keine weiteren Elemente geben, aus denen der Schluss hätte gezogen werden können, der Zeitpunkt sei gut gewählt. Es zeigte sich ferner in den ministeriellen Gesprächen, dass auf Seiten Grossbritanniens, mindestens in dieser Phase, wenig Neigung besteht, auf die Interessen der EFTA-Partner Rücksicht zu nehmen. Die EFTA wird von London lediglich als wertvolle Rückzugsposition betrachtet. Grossbritannien ist indessen nicht gewillt, sie in irgendeiner Weise in die Verhandlungen einzubeziehen. Britischerseits besteht also die Absicht, allfällige Verhandlungen durch Ausklammerung des EFTA-Problems möglichst zu entlasten.

Es bedurfte grosser Mühe, um in London die neue Formel des sogenannten Londoner Pledge durchzubringen. Diese Mühe steht äusserlich in

keinem vernünftigen Verhältnis zum Inhalt, der eine Selbstverständlichkeit darstellt, nämlich die, dass in geordneter Weise vorgegangen werden sollte und dass sich die EFTA-Partner nicht zur gegenseitigen Diskriminierung zwingen lassen dürften, wenn ein Land früher als andere mit der EWG zum Abschluss käme. Nachdem in London die Vertreter sämtlicher EFTA-Staaten erklärt hatten, ihr Land wolle an einer erweiterten EWG teilnehmen, wäre es tatsächlich ein Unsinn, die EFTA-Präferenz in Frage zu stellen. Trotzdem haben wir diese Formel nur dadurch erreicht, dass wir erklärten, kein Communiqué zu akzeptieren, das einen britischen Beitritt als erwünscht bezeichnet, sofern nicht auch auf die Interessen der EFTA-Staaten hingewiesen werde.

Bezeichnenderweise hat zwar George Brown am Schluss der Sitzung des EFTA-Rates, als Portugal die neue EFTA-Formel als ungenügend bezeichnete, die Erklärung abgegeben, aus taktischen Gründen könne gegenüber der EWG der EFTA-Solidaritätsaspekt nicht stärker profiliert werden, doch sei die britische Regierung selbstverständlich gewillt, sich noch in weit stärkerem Masse für eine gesamthafte EFTA-Lösung einzusetzen, als dies im Communiqué zum Ausdruck gebracht werde, während im Anschluss an die Sitzung der Presse gegenüber sofort die neue Formel als "non-valeur" hinuntergespielt und als grosser britischer Verhandlungserfolg bezeichnet wurde. Allerdings hat sich kein Mitgliedstaat der EWG ausdrücklich dazu geäußert. Inoffiziell wurde aber anerkannt, dass sie, sofern damit nicht eine permanente Doppelmitgliedschaft gemeint sei, einer vernünftigen Lösung entspreche; bei normalen Verhandlungsfristen sämtlicher EFTA-Staaten könne dagegen nichts eingewendet werden. Die Sechs haben das Betragen der Briten, die neue Formel abzuwerten, mit Befremden registriert. Das britische Verhalten dürfte damit auch in diesem Punkt sein Ziel nicht erreicht haben.

Zu Punkt zwei: Die negative französische Stellungnahme zum britischen Beitritts-gesuch ist dreimal zum Ausdruck gebracht worden: Anlässlich der Pressekonferenz de Gaulles Ende Mai dieses Jahres, an der Römer Gipfelkonferenz und vor einigen Tagen anlässlich des Besuches Wilsons in Paris (vom 19. Juni 1967).

In derselben klaren und eindeutigen Form wurde bei allen drei Gelegenheiten ausgedrückt, dass Frankreich zwar kein formelles Veto erheben und sich nicht gegen eine Aufnahme von Verhandlungen sträuben werde, dass



es jedoch glaube, eine Aufnahme Grossbritanniens in die EWG würde zu einer Denaturierung der Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer heutigen Form und zu einer völligen Aenderung ihres Inhalts führen. Ein Beitritt Grossbritanniens werde daher so grosse Probleme aufwerfen, dass es fraglich sei, ob diese Probleme bewältigt werden können.

Offensichtlich handelt es sich beim französisch-britischen Gegensatz um eine Konfrontation zweier Ansprüche auf politische Führung in Europa. Einerseits sagt Wilson, dass er den Beitritt aus politischen Gründen wünsche, andererseits ist klar erkennbar, dass Frankreich das britische Gesuch für seine politischen Zwecke auszunützen bestrebt ist, indem es Grossbritannien in eine anti-amerikanische Position zu drängen sucht: je mehr London auf diese Linie einschwenke, desto besser seien seine EWG-Chancen. Dabei hält sich de Gaulle die Türe allerdings weit offen. Aus britischer Quelle vernahmen wir, de Gaulle habe Wilson gegenüber am 19. Juni 1967 klipp und klar geäussert, es freue ihn, wenn Grossbritannien seine Politik gegenüber den USA stärker zu profilieren bereit sei, dass aber diese positive Entwicklung noch lange nicht für einen Beitritt ausreichend sei, da noch zahlreiche politische Probleme existierten, bei welchen sich London mit den Amerikanern auf derselben Linie befinde. Grossbritannien habe in sämtlichen weltpolitischen Auseinandersetzungen seine Position ganz klar von derjenigen der USA<sup>+</sup> zu stellen. Wilson habe darauf geantwortet, er sehe nicht ein, warum sich Europa in allen Fällen in Gegensatz zu den Vereinigten Staaten stellen müsse; es seien doch Fälle denkbar, in denen die Interessen parallel laufen. London scheint diese eindeutig negative Stellungnahme erkannt zu haben und macht sich heute keine Illusionen mehr.

Die Erklärung im Londoner Communiqué, wonach das britische Beitritts-gesuch in der Hoffnung begrüsst werde, dass dadurch ein neuer Versuch zur Ueberwindung der Spaltung des europäischen Marktes eingeleitet werde, ist durch die seitherige negative französische Stellungnahme überholt.

+ abzuheben - sich also in Gegensatz zu den USA

- 10 -

Zu Punkt drei: Das Abkommen über die Inkraftsetzung der Fusion der drei Exekutiven hat ausserordentliche Tragweite, weil mit dem Datum der Fusion, dem 1. Juli 1967, die dreijährige Frist für die Zusammenlegung der drei Gemeinschaften zu laufen beginnt. Innerhalb dreier Jahre sind die drei Verträge zu einem einzigen Gesamtabkommen zu revidieren. Damit ist die Möglichkeit von tiefgreifenden Auseinandersetzungen unter den sechs Mitgliedstaaten eröffnet, und dies war denn auch der Grund, weshalb die Fusion immer wieder hinausgeschoben worden war. Bei den Verhandlungen über die Fusion der drei Abkommen dürften die gegensätzlichsten Positionen hart aufeinander prallen. Frankreich wird das supranationale Element in der Montanunion sowie der EWG ausschalten und den Luxemburger Kompromiss vertraglich verankern wollen; es wird ferner auf eine rechtliche Sicherung des Weiterbestehens der Agrarmarktorganisation tendieren. Die Benelux-Staaten dürften versuchen, die Supranationalität zu stärken, eventuell auch dadurch, dass das Europäische Parlament mit wirksamen Kontrollrechten ausgestattet wird - was zudem eine der Voraussetzungen für die Vertiefung der Wirtschaftsunion wäre.

Während dieser dreijährigen Frist wird auch die Uebergangszeit zu Ende gehen. Die EWG wird eine Bestandesaufnahme dessen vornehmen müssen, was zu dieser Zeit alles noch getan werden muss, um den Rückstand aufzuholen, der sich auf allen Sektoren, ausser denjenigen der Zölle und der Landwirtschaft, ergeben hat. So hat die EWG zwischen dem 1. Juli 1968 und dem 1. Juli 1970 ein bedeutendes Verhandlungspaket zu erledigen.

Meiner Meinung nach dürfte keiner der sechs Mitgliedstaaten daran interessiert sein, während dieser Zeit ein neues Mitglied in die Gemeinschaft aufzunehmen: Frankreich befürchtet davon eine Revision der Agrarordnungen und die Benelux-Staaten eine Schwächung der Supranationalität. Grossbritannien möchte natürlich an den erwähnten Auseinandersetzungen teilnehmen, dies ein weiterer Grund, weshalb<sup>es</sup> mit solcher Eile in die EWG drängt.

- 11 -

Aus dieser Lage scheint sich eindeutig zu ergeben, dass die im vergangenen Januar gezogenen Schlussfolgerungen nur bestätigt werden können. Wir stellten damals fest, die Schweiz sollte tunlichst vermeiden, offiziell erneut eine Stellungnahme abzugeben, da die Dinge noch zu sehr im Fluss sind, und sich vielmehr durch Stillsitzen sämtliche Möglichkeiten offenhalten. Wir waren uns auch darüber im Klaren, dass die Schweiz nicht in einen Immobilismus verfallen dürfe, sondern zweckmässigerweise in der gegenwärtigen unübersichtlichen Periode ihre Vorbereitungsarbeiten so voranzutreiben versuchte, um im gegebenen Zeitpunkt rasch die beste Lösung wählen zu können.

Ich glaube, dass die seinerzeitige Beurteilung der Situation inzwischen noch durch weitere Gründe erhärtet wurde:

- Das britische Beitritts-gesuch hat eine eindeutig politische Kontroverse ausgelöst. Dies erhellt auch aus den negativen französischen Äusserungen. Wenn sich andere Mitglieder der EFTA nachträglich noch für eine Verbindung mit der EWG anmelden, so kann dies nur als politische Manifestation verstanden werden, als Versuch, den politischen Druck auf Frankreich zu verstärken. Umgekehrt würde es einer politischen Äusserung zugunsten Frankreichs gleichkommen, wenn sich ein EFTA-Staat jetzt betont von der EWG distanzierte.
- Deutlicher als im Januar scheint sich die Möglichkeit gänzlich neuer Lösungen abzuzeichnen. Sogar de Gaulle hat Anspielungen auf eine multilaterale Assoziation gemacht, selbst wenn dies nur als ein Ablenkungsmanöver und nicht ernst gemeint war. Frankreich dürfte mit einem wachsenden Druck auf Zulassung Grossbritanniens zur EWG rechnen, so dass eine Kompromisslösung nicht mehr zu umgehen wäre. Wirtschaftlich könnte Frankreich dann vielleicht einer Kompromissformel zustimmen - in der Kennedy-Runde ist dies in einem gewissen Sinne bereits geschehen.
- Aus den gegenwärtig laufenden Verhandlungen über Arrangements der EWG mit Oesterreich, Spanien usw. könnten sich Präzedenzfälle ergeben.

Erlauben Sie in diesem Zusammenhang einige Worte über Oesterreich. Im Januar folgerten wir, Oesterreich haben den negativen Beweis er-

bracht, dass eine Assoziation für die Schweiz nicht in Frage kommen könne, weil die Satellisierungsgefahr zu gross ist. Nun scheinen die Oesterreich-Verhandlungen eine Richtung einzuschlagen, in der sie für die Schweiz interessanter werden könnten. Eine Tendenz zeichnet sich nämlich ab, wonach das Abkommen Oesterreich-EWG nur einen minimalen Inhalt aufweisen würde. Die EWG, die sich offenbar in ihren internen Arbeiten so wenig wie möglich stören lassen will, tendiert auf Vermeidung von Harmonisierungen und Konsultationen mit einem assoziierten Oesterreich. Ob es möglich ist, zu einer solchen "kleinen Lösung" zu gelangen, bleibt fraglich. Sofern ein solches Abkommen lediglich die Zölle und Agrarpräferenzen unter Ausschluss aller institutionellen Elemente beinhalten würde, wäre dies eine Regelung, die zu prüfen sich auch für die Schweiz lohnen könnte.

Im Januar wurde eine Anzahl verwaltungsinterner Arbeitsgruppen, die sich mit Integrationsproblemen beschäftigen, reaktiviert. Im Herbst sollen diese Arbeitsgruppen eine Bestandesaufnahme der Entwicklungen vorlegen, gewissermassen eine "tatbeständlichePhotographie".

Sie hatten uns im Januar nahegelegt, mit Schweden in Kontakt zu bleiben. Dies ist geschehen. In der Einschätzung der weiteren Entwicklung liegen wir auf derselben Linie wie Stockholm; die Durchleuchtung des Tatbestandes und die Ueberprüfung allfälliger Integrationsschwierigkeiten erfolgt ebenfalls parallel mit den schwedischen Arbeiten, und wir haben den Eindruck, Schweden sei zum gleichen Bild gelangt wie wir. Hingegen bestehen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des weiteren Vorgehens, und damit kommen wir zu einem Problem, wêlches wir hier mit Ihnen erörtern möchten und zu dem wir gerne Ihre Ansichten hören würden.

Schweden wird zwischen dem 7. und 10. Juli seinerseits in Brüssel die Aufnahme von Verhandlungen beantragen. Es glaubt, dies tun zu müssen, um die Einheit des Nordischen Marktes nicht zu gefährden. Minister Lange befindet sich laufend in engem Kontakt mit der norwegischen Regierung, die unbedingt Anfang Juli mit einem Beitrittsgesuch an die EWG gelangen will. In Norwegen spielen politische

Gründe eine bedeutende Rolle: Die öffentliche Meinung fordert einen norwegischen Beitrag zur politischen Einheit Europas. Mit dem Beitrittsgesuch will der norwegische Handelsminister dokumentieren, dass die norwegische Regierung diesem Ruf nachkommt. Deshalb übt Norwegen einen Druck auf Schweden aus, das nicht das Odium einer Spaltung des Nordischen Marktes auf sich nehmen will. Ungeachtet des Communiqués der Londoner EFTA-Konferenz glaubt Schweden, die Bewahrung der Einheit des Nordischen Marktes durch ein eigenes Verhandlungsgesuch noch unterstreichen zu müssen.

Schweden ist sich voll bewusst, dass die Redaktion des Verhandlungsgesuches Schwierigkeiten aufwerfen wird. Vor 14 Tagen erhielten wir einige Anhaltspunkte über den möglichen Text, der etwa wie folgt lautet: Schweden habe bereits 1961 Verhandlungen anbegehrt und das seinerzeitige Gesuch nicht zurückgezogen. Dieses Gesuch war mit drei Vorbehalten ausgestattet (Treaty Making Power, Kündigungsrecht und Massnahmen kriegswirtschaftlicher Natur); Schweden habe seit 1961 mitgeholfen, in der EFTA einen zollfreien Markt zu schaffen, der nicht mehr in Frage gestellt werden dürfe. Aus diesem Grunde wünsche es eine allgemeine Erweiterung der EWG. Dafür sei vielleicht die Zeit noch nicht reif, doch werde die schwedische Bereitschaft zur Teilnahme auf alle Fälle schon jetzt zur Kenntnis gebracht.

Die schwedische Mission bei der EWG in Brüssel hat sich ihrer Regierung gegenüber geäußert, ein solches Schreiben wäre das Schlimmste, was man tun könne. Wenn man schon unbedingt etwas unternehmen wolle, so solle man klar sagen, man wünsche die Vollmitgliedschaft, und zwar ohne jeglichen Vorbehalt, ausser demjenigen der Neutralität.

Die schwedische Opposition strebt die Vollmitgliedschaft bei der EWG an und erwartet offenbar, dass diese Linie auch von der schwedischen Regierung vertreten wird. Am 30. Juni wird die Regierung den Entwurf für ein Verhandlungsgesuch in Brüssel dem Parlament unterbreiten. Es wird darüber wohl eine lebhafte Diskussion entstehen.

- 14 -

Diese Entwicklungen in Schweden haben Rückwirkungen auf die Schweiz. Uns stellt sich folgendes Problem: Was tut die Schweiz, wenn anfangs Juli Norwegen und Schweden ihre Gesuche stellen? Mit Portugal und Finnland wären wir dann die einzigen EFTA-Staaten, welche gegenüber der EWG nichts unternommen hätten. Das wiederum kann unserer Stellung eine Bedeutung geben, welche ihr nicht beigelegt werden darf. Bis heute ist das passive neutralitätspolitische Verhalten der Schweiz nicht aufgefallen. Sitzen wir jedoch nach dem Gesuch Norwegens und Schwedens weiterhin still, so wird dies unter Umständen dahingehend gedeutet, die Schweiz sei an der EWG nicht interessiert. Dann entsteht ein Cliché "Grossbritannien-Skandinavien-EWG", welches die Schweiz abseits lässt. Es fragt sich deshalb, ob die Schweiz nicht zweckmässigerweise der EWG gegenüber/ebenfalls eine Aeusserung abgeben sollte. Hiefür bestünden zwei Möglichkeiten:

- Die Schweiz übergibt in Brüssel ein Schreiben, ähnlich wie Schweden. Die Redaktion eines solchen Schreibens wäre mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden.
- Eine Erklärung des Bundesrates, welche entweder nächste Woche im Parlament oder nach dem Bekanntwerden des norwegischen und schwedischen Gesuches abgegeben werden könnte. Der Bundesrat könnte daran erinnern, dass die Schweiz ihr Verhandlungsgesuch von 1961 nicht zurückgezogen hat und ihren unveränderten Willen, an einer gesamteuropäischen Lösung teilzunehmen, auch durch Zustimmung zum neuen Londoner Communiqué zum Ausdruck gebracht habe.

Ferner wäre allenfalls ein weiteres Problem zu untersuchen: Soll sich die Schweiz zu den politischen Aspekten der europäischen Einigung äussern? Bis jetzt haben wir konsequent die Haltung vertreten, dass wir als neutraler Staat an einer politischen Konstruktion nicht mitmachen können, und uns deshalb nur ein

- 14 a -

wirtschaftliches Arrangement interessiert. Ist es richtig, auf dieser Linie zu bleiben, oder wäre es vorteilhafter, wenn die Schweiz das Ringen um die politische Struktur Europas offiziell erwähnte? Man kann sich tatsächlich fragen, ob es nicht zu einer Entkrampfung auch der öffentlichen Diskussion führte, wenn auch über diese politischen Probleme gesprochen würde. Da es der EWG bisher nicht gelungen ist, eine einheitliche politische Konzeption aufzustellen, und durch das britische Beitrittsge- such ohnehin die Frage gestellt wird, welches der politische Gehalt einer erweiterten EWG sein könnte, wäre zu überlegen, ob die EFTA-Staaten und somit auch die Schweiz jetzt nicht ihre eigenen Vorstellungen über die politische Gestaltung Europas zum Ausdruck bringen sollten. Ein positiver Diskussionsbeitrag würde darin bestehen, eine Konstruktion vorzuschlagen, die der Bedeutung der neutralen Staaten für Europa gerecht würde und im übrigen die Stärkung des rechtsstaatlichen Unterbaus und der organischen Entwicklung der Vielseitigkeit der europäischen Staatenfamilie unterstreichen würde.

Nationalrat Hofer:

Für einen Historiker ist die Lage grotesk. Grossbritannien weiss, dass seine Bemühungen keinen Erfolg haben werden, und doch versuchen auch andere hinter diesem Eisbrecher ihr Glück, wohlwissend, dass dieser das Eis nicht zu brechen vermag.

Eine Frage an Botschafter Jolles, welche die Ambivalenz der Beurteilung eines Beitritts Grossbritanniens durch die verschiedenen Mitgliedstaaten der EWG betrifft: Frankreich könnte im Hinblick auf seine Einstellung zur Supranationalität Grossbritannien in der EWG brauchen - in politischer Hinsicht jedoch muss es Grossbritannien ablehnen. Bei den andern EWG-Staaten verhält es sich umgekehrt. Welches Motiv ist aber stärker?

Wie soll bei dieser Situation unsere eigene Politik ausgerichtet werden? Ich brauche wohl nicht zu betonen, dass ich kein "Rufer nach aktiverer Aussenpolitik" der Schweiz bin. Werden wir schliesslich allein nur mit Finnland und Portugal ausserhalb der EWG stehen? Falls die skandinavischen Länder einen Antrag auf Beitritt zur EWG stellen, sollte die Schweiz ebenfalls etwas tun. Ein Vorstoss im Parlament ist jetzt, gegen Ende der Session, nicht günstig. Vielleicht sollten die nordischen Schritte abgewartet und erst nachher, aber dann rasch, etwas unternommen werden, und zwar in der Richtung, die Botschafter Jolles gewiesen hat. Ich vertrat auch in der Aussenpolitischen Kommission die Meinung, wir sollten Stellung beziehen. Es bleibt je ohnehin alles im Unverbindlichen, denn die EWG wird sich nicht nach aussen öffnen, weder jetzt für Grossbritannien, noch nachher für andere Länder. Eine doktrinäre Einigung Europas, etwa nach den Vorstellungen Hallsteins, lässt sich mit der schweizerischen Haltung nicht vereinbaren. Sollten wir nicht ein schweizerisches Modell Europas zu entwerfen versuchen, etwa im Sinne der alten Eidgenossenschaft? Eine rein defensive Haltung ist nicht angängig. Hinsichtlich der Erklärung des Bundesrates sollten wir uns direkt an die Oeffentlichkeit wenden. Eine parlamentarische Aeusserung erscheint uns nicht als opportun.



Oberstkorpskdt. Uhlmann:

Ich frage mich, ob man nicht auch die Entwicklungen auf andern als den wirtschaftlichen Sektoren mitberücksichtigen muss, so jene innerhalb der Westeuropäischen Union und der NATO. Als Frankreich aus der NATO austrat, vollzog sich Aehnliches wie in der Endphase der Kennedy-Runde: Grossbritannien stand und steht eindeutig auf amerikanischer Seite. Wenn man diese Parallelen sieht, muss man der Schlussfolgerung beipflichten, es sei unwahrscheinlich, dass Grossbritannien in der EWG eine Chance erhält.

Fraglich ist, ob die Schweiz etwas unternehmen soll, wenn andere Gesuche ohnehin ohne Erfolg bleiben werden. Doch gibt es andere Gründe, weshalb ein Handeln wünschbar sein könnte: Wenn sich Schweden und Norwegen bei der EWG melden und nur die Schweiz mit Portugal und Finnland übrigbliebe, dann kämen wir in eine Isolierung, selbst wenn die andern Länder keinen Erfolg haben. Was ist wohl schwerwiegender, denn "schwierigen Brief" zu schreiben oder nachher in Europa isoliert zu sein? Gegenüber der Oeffentlichkeit kann kaum verantwortet werden, einfach passiv zu bleiben oder sich durch eine passive Haltung in eine Zwangslage hineinmanövrieren zu lassen. Wenn ich nicht irre, wurde im Nationalrat von Prof. Weber eine Interpellation eingereicht, um die Stellung des Bundesrates in dieser Angelegenheit zu erfahren; eine Antwort durch den Bundesrat wäre erwünscht, noch bevor Schweden und Norwegen handeln.

Der Vorsitzende:

In diesem Zusammenhang spielt die Frage eine grosse Rolle, wie die öffentliche Meinung gelagert ist. Welche Stellungnahme erwartet sie vom Bundesrat und welche Saiten des schweizerischen Gemütes soll der Bundesrat ansprechen?

Nationalrat Weber:

Die Situation, die wir im Januar diskutierten, hat sich seither nicht geändert. Damals behauptete ich, dass es noch Jahre dauern werde, bis für Grossbritannien die EWG-Türe aufgeht. Es scheint, Wilson habe dieses Gesuch stellen müssen, ohne an einen Erfolg zu

glauben, und zwar aus innenpolitischen Gründen und um nachher die Hände für andere Lösungen frei zu haben. Die Schweiz ist solange nicht isoliert, als sich praktisch in bezug auf das Verhältnis der andern Länder zur EWG nichts ändert. Entwicklungsmöglichkeiten bieten sich für die Schweiz auf dem Gebiet der Zölle; die Kennedy-Runde braucht nicht die letzte Zollrunde zu sein, weitere Zollverhandlungen der Schweiz mit der EWG sind vorstellbar; die industrielle Freihandelszone könnte um die USA oder Kanada erweitert werden. Selbst in Grossbritannien sind Stimmen in dieser Richtung zu hören. Was aber unternimmt Grossbritannien, nachdem feststeht, dass das Gesuch keinen Erfolg hat? Wird es auf diesem erfolglosen Weg bestehen, auf dem es mit der Zeit der Lächerlichkeit preisgegeben wird?

Die neuen Entwicklungen in Skandinavien gestalten sich für die Schweiz etwas peinlich. Wenn Schweden Schritte unternimmt, dann erwartet die schweizerische Oeffentlichkeit eine Stellungnahme. Persönlich wäre mir eine Erklärung des Bundesrates lieber als ein Brief an die EWG. Der Bundesrat sollte vor den norwegischen und schwedischen Briefen seine Stellungnahme abgeben. Deshalb wäre es vielleicht von Vorteil, wenn dies am nächsten Dienstag im Nationalrat erfolgen könnte.

Von einer Einmischung in die politischen Fragen der Gestaltung Europas sollten wir die Hände lassen. Wir haben verfolgen können, dass die EWG-Länder auseinanderfallen, wenn politische Probleme auftauchen; das sah man zuletzt in der Nahostkrise in der Frage der Oelversorgung. Immer stehen in solchen Fällen die nationalen Interessen der Staaten im Vordergrund, und eine Politik der EWG existiert noch nicht; deshalb soll sich die Schweiz nicht dazu äussern.

Vordringlich ist heute eine schweizerische Stellungnahme zum Vorprellen der skandinavischen Staaten, selbst wenn deren Vorgehen teilweise innenpolitisch bedingt ist wie in Norwegen, oder aus Solidarität geschieht wie in Schweden.

dass die EWG-Länder auseinanderfallen, wenn politische Probleme auftauchen; das sah man zuletzt in der Nahostkrise in der Frage der Oelversorgung. Immer stehen in solchen Fällen die nationalen Interessen der Staaten im Vordergrund, und eine Politik der EWG existiert noch nicht; deshalb soll sich die Schweiz nicht dazu äussern.

Vordringlich ist heute eine schweizerische Stellungnahme zum Vorprellen der skandinavischen Staaten, selbst wenn deren Vorgehen teilweise innenpolitisch bedingt ist wie in Norwegen, oder aus Solidarität geschieht wie in Schweden.

#### Botschafter Jolles:

Die beiden Fragen der Herren Hofer und Weber möchte ich wie folgt beantworten.

Die Haltung der Mitgliedstaaten der EWG gegenüber Grossbritannien ist dadurch charakterisiert, dass die fünf Partner Frankreichs grundsätzlich einen britischen Beitritt befürworten, die Erwägungen zugunsten eines Beitritts also das Übergewicht haben und die Besorgnisse für die Erhaltung der Reinheit des Römer Vertrags zurücktreten. Uns ist indessen aufgefallen, wie nun auch seitens der Fünf die Notwendigkeit der Funktionsfähigkeit der EWG gerade in der jetzigen Phase der Konsolidierung stärker betont wird als noch vor fünf Jahren. Ein britischer Beitritt wird unter diesem Aspekt als störend empfunden, und der Druck der übrigen Fünf auf Frankreich ist dementsprechend geringer. Ich gehe nicht so weit zu behaupten, dass ein Beitritt Grossbritanniens überhaupt ausgeschlossen ist. Es bleibt durchaus möglich, dass auf längere Sicht ein Beitritt erfolgen wird.

Hinsichtlich der Absichten Grossbritanniens für das weitere Vorgehen kann ich lediglich sagen, dass Wilson sich nicht entmutigen lässt und weiterhin entschlossen ist, auf der Beitritts-Linie zu bleiben. Er strebt eine Anhörung in Brüssel vor den Sommerferien an, noch bevor ein Entscheid des Ministerrats gefallen ist. Dieses Verfahren entspricht der Regel. Frankreich scheint dem zu opponieren,

- 19 -

doch ist fraglich, ob es sich diesem Verfahren widersetzen kann. Der Zeitplan ist insofern wichtig, als Mitte Juli die Beitritts-gesuche Norwegens und Schwedens mit einer allfälligen britischen Audition zusammentreffen würden.

Der Ministerrat dürfte zunächst der Kommission den Auftrag erteilen, einen Bericht über die Schwierigkeiten auszuarbeiten, die ein Beitritt Grossbritanniens für die EWG brächte. Die Kom-mission drängt darauf, ihr dieses Mandat zu erteilen. Dieses Vor-gehen stellt ein dilatorisches Element dar, da die Kommission erst im Herbst den Bericht abgeben wird. In der Folge würde der Rat die Kommission beauftragen, auf dieser Grundlage abzuklären, ob sich die dargelegten Schwierigkeiten lösen lassen. Erst dann würde der Rat in einem dritten Beschluss ein Verhandlungsmandat festlegen.

Prof. Reverdin:

Je voudrais exprimer mon opinion sur ce qu'il y aurait lieu de faire à la suite des démarches envisagées par les Scandi-naves. En aucun cas, nous ne devrions agir comme les Autrichiens qui font preuve d'une agitation démesurée. Si les Scandinaves font leur démarche - ce qui est d'une opportunité contestable, comme me l'a confirmé encore récemment un parlementaire suédois que j'ai rencontré à Paris - il serait bon qu'auparavant les Communautés et l'opinion publique suisse soient informées de l'attitude de notre pays par une déclaration du Conseil fédéral. Pour ma part, je suis d'avis qu'une telle déclaration pourrait être faite à l'occasion de la réponse du Conseil fédéral à l'in-terpellation Weber qui a trait aux résultats du Kennedy Round. En ce qui concerne son contenu, elle devrait simplement souligner que la Suisse maintient sa demande de négociation de 1961.

Botschafter Ruediger:

Persönlich wäre ich für eine frühzeitige schweizerische Stellungnahme. Heute kann sie lakonisch sein, auf die Vergangenheit und die Entwicklung verweisen und braucht nicht in Einzelheiten zu gehen. Ich wäre eher der Ansicht, dass wir noch die, wahrscheinlich schwache, schwedische Äusserung abwarten. Deshalb frage ich mich, ob nicht das schwedische Gesuch um Verhandlungen zuerst vorliegen sollte. Daraufhin könnte rasch ein Communiqué herausgegeben werden, das unseren Standpunkt darstellt, der, vor allem aus historischen Gründen, strikter ist als der schwedische. Wenn wir vor Schweden sprechen, erleichtern wir Schweden die Situation. Es geht dann nicht mehr um die Klärung eines einheitlichen skandinavischen Standpunktes, sondern auch um ein Nachziehen gegenüber der Schweiz. Eine frühzeitige Äusserung wäre auch deshalb zu begrüßen, weil die Schweiz - wie Bundesrat Schaffner in Zürich sagte - wirtschaftlich eine "mittlere Macht" ist. Es sollte betont werden, dass die schweizerische Neutralität, nicht wie in Schweden, als gelegentliche Politik gilt, sondern 1815 als Institution "dans l'intérêt de toute l'Europe" erklärt worden war und in diesem Sinne heute noch Geltung hat. Schon aus diesem Grunde würde heute eine lakonische Erklärung genügen. Dadurch würde auch gleichzeitig der Gefahr begegnet, die Herr Jolles mit Recht erwähnt hat, dass sich ein Cliché bildet vom beitrtrittswilligen Grossbritannien und Skandinavien und der damit implizite verbundenen Isolierung der Schweiz. In einer solchen Erklärung könnte im Sinne der Anregung von Herrn Weber der Befriedigung der Schweiz über den Ausgang der Kennedy-Runde Ausdruck gegeben und dadurch die Bedeutung der Schweiz während der Verhandlungen betont werden.

Angesichts unserer rechtlichen Sonderstellung ist es für uns weniger nötig als für andere, alles, was uns nicht passt, in ausdrückliche Vorbehalte zu kleiden. Das allgemeine Völkerrecht, unsere anerkannte Neutralität inbegriffen, geht Sonderabmachungen, auch wirtschaftlichen Abkommen mit Staatengruppen, die mehrere Mächte umfassen, ipso facto vor. Schweden dagegen, das um das Werden seiner Neutralität noch ringt (es steht da wie die alte Eidgenossen-

schaft um 1648) ist gezwungen, präzise Neutralitätsvorbehalte einzuhandeln, da es sich nicht auf eine allgemeine Anerkennung eines Sonderstatuts berufen kann. Für uns sollte, wenn auch unsere Neutralität eine seit Jahrhunderten "selbstgewollte" (nicht wie s.Zt. bei Belgien eine aufokroyierte) ist, dennoch wohl die völkerrechtliche Pflicht bestehen - sollte eines Tages (ganz theoretisch) davon abgegangen werden - dies den Mächten der Akten von 1814/15 zum mindesten zu notifizieren. Schweden, das derzeit eine - im letzten Weltkrieg infolge der deutschen Truppentransporte durch sein Gebiet nicht unangefochtene - Neutralitätspolitik betreiben will, ist dagegen durchaus frei, jeden Tag auf eine andere Linie einzuschwenken.

Unsere institutionelle Neutralität geht in Kriegszeiten jeder allfälligen Abmachung mit einer Staatengruppe - wie die Sechs - vor; es besteht m.E. jede Aussicht, dass ein unbefangener internationaler Gerichtshof dies anerkennen müsste. Wir sind daher viel freier als Schweden (und in anderer Beziehung Oesterreich). An sich gebietet dies mehr die Korrektheit (um alle Missverständnisse auszuschalten), aber kaum das strikte Recht, bei Abmachungen mit Dritten und mit Staatengruppen an unsere altbekannte ständige Neutralität zu erinnern.

Gegenüber der EWG ist die Situation prinzipiell eine ganz andere als gegenüber der UNO. Die Charta der letzteren beansprucht, gegenüber den Teilnehmer-Staaten ein neues geschriebenes allgemeines Völkerrecht zu schaffen. Daher können wir ohne ausdrückliche Zustimmung der UNO nicht unsere Neutralität behalten; dies verunmöglicht heute den Beitritt.

Dem Partikular-"Recht" der Staatengruppen der EWG geht aber unser allgemein völkerrechtliches Statut der institutionellen Neutralität zweifellos automatisch vor, ohne dass die Pflicht bestünde, dies stets zu wiederholen. In Zeiten von Krieg und Kriegsgefahr müsste die Schweiz dies natürlich in Erinnerung rufen. Staaten, die 1815 unsere Neutralität ausdrücklich als im "Interesse ganz Europas liegend" anerkannten - und zu diesen gehört, heute noch ausser-

- 22 -

halb der EWG, England -, können erwarten, dass wir diese Neutralität nicht nur strikte beobachten, sondern dass wir dieselbe allfälligen Verpflichtungen gegenüber einer regionalen Staatengruppe in Kriegszeiten effektiv vorgehen lassen.

Diese Erwägung geltend zu machen, kann u.U. von Vorteil sein und eventuell einiges auch für die Haltung anderer erleichtern, da wir uns auf das Recht berufen können.

Gäbe es wohl eine Möglichkeit, einen Katalog dessen aufzustellen, was die Schweiz unter gewissen Hypothesen als neutraler Staat im europäischen Raum tun könnte? Darüber hinaus wären unsere Kontakte mit der ganzen Welt unter allen Umständen aufzuführen. Man hätte auch an die Möglichkeit zu denken, welche Institutionen mit ausgleichenden Funktionen sich noch künftig bilden könnten, an denen die Schweiz teilzunehmen vermöchte, indem sie ein Element der Konziliation beitrüge. Dies läge ganz im Sinne etwa der Arbeiten von Herrn Probst über die Guten Dienste der Schweiz.

#### Ministre de Salis:

Grâce à la personnalité du Général de Gaulle, la France occupe actuellement une place prépondérante au sein du Marché commun. Or, la santé du Général semble fortement affectée. Par ailleurs, sa prise de position dans la question du conflit du Moyen Orient a visiblement renforcé l'opposition intérieure à sa politique. Il me semblerait intéressant que M. l'Ambassadeur Caillat nous dise s'il estime qu'après de Gaulle la France poursuivra une politique gaulliste à l'égard du Marché commun.

Le Kennedy Round a permis d'atténuer de manière considérable l'effet discriminatoire du tarif extérieur commun du Marché commun sur les exportations suisses. Dès lors, je me demande si les rapports entre la Suisse et le Marché commun ne pourraient pas être réglés par la voie d'accords bilatéraux.

En ce qui concerne la démarche des Suédois, je suis d'avis qu'il faut leur laisser prendre l'initiative. Par contre, immédia-

tement après, la Suisse devrait faire une déclaration. Il faudrait s'efforcer de trouver une formule très générale dans laquelle on mentionnerait les résultats du Kennedy-Round et les extensions que ces négociations pourraient encore connaître à l'avenir. Les questions d'ordre politique, en particulier la question de la neutralité, ne devraient pas être abordées.

Prof. Lüthy:

Es ist scheinbar paradox, dass wir jetzt bei der EWG in Gnade stehen, weil wir der einzige EFTA-Staat sind, der sich nicht um jeden Preis in die EWG hineindrängen will. Der Öffentlichkeit sollte, obwohl es recht schwierig ist, immer wieder klargemacht werden, dass Abwarten manchmal eine gute Politik sein kann. Eine gute Gelegenheit, die Haltung der Schweiz in diesem Scheingefecht darzulegen, bietet vielleicht die Beantwortung der Interpellation Weber am nächsten Dienstag.

Der Vorsitzende:

Die Interpellation von Nationalrat Weber befasst sich allerdings nur mit bestimmten Fragen der Kennedy-Runde.

Prof. Lüthy:

Gerade dieser Problemkreis könnte einen günstigen Ausgangspunkt bilden, um etwas über unsere Beziehungen zum Gemeinsamen Markt zu sagen, die sich gerade bei dieser Gelegenheit als besser erwiesen haben, als es der Öffentlichkeit bewusst ist. Vielleicht wäre hervorzuheben, dass die Schweiz jede Möglichkeit multilateraler Verhandlungen begrüßen würde. Nachdem Präsident de Gaulle neulich den Gedanken einer Assoziation zwischen EWG und EFTA-Staaten sehr überraschend wieder aufgeworfen hat, könnte bei dieser Gelegenheit auch angedeutet werden, dass dieser Versuchsballon alten schweizerischen Vorschlägen entspricht. Das Schauspiel, das die englische Regierung mit ihrem Flehen, Drängen und Gestikulieren im Wartezimmer der EWG bietet, ist für uns alle eher verwirrend. Wenn sie



- 24 -

wirklich den Beitritt zur EWG wünscht, dann hat sie sowohl im Rahmen der Kennedy-Runde als auch bei den Verhandlungen über die Non-Proliferation miserabel operiert. Ihr Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland ist heute kaum besser als zu Frankreich; die BRD ist "gaullistischer", als sie zu sagen wagt.

Auf lange Sicht wird sich immer wieder die Frage stellen: was wird schliesslich aus der EWG? Ihr Ausbau zu einer politischen Union, wie ihn ihre Wortführer immer als Ziel verkünden, ist so fern wie je. Der Ausgang der Kennedy-Runde zeigt, dass sie auch nicht die Errichtung eines protektionistischen industriellen Reservats anstrebt, wie es in der Schweiz lange Zeit befürchtet wurde. Als fester Kern des Gemeinsamen Marktes bleibt die gemeinsame Agrarpolitik - alles andere ist offen. Die Probleme eines modus vivendi bleiben also bis auf weiteres mehr technischer als politischer Natur. Darf ich in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob es möglich sein wird, die Berichte einzelner Arbeitsgruppen, z.B. für Agrarfragen, einzusehen?

Im Moment ist es nicht nötig und für die Schweiz nicht ratsam, sich über ihr politisches Interesse an einer Einigung Europas und ihren Beitrag dazu vor der Öffentlichkeit zu äussern; zu einem späteren Zeitpunkt aber mag es wünschbar werden. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, wie dies Herr Ruediger tat, dass die Schweiz seit 1815 eine internationale Institution ist. Ich habe neulich mit grossem Interesse wieder einmal den schweizerischen Entwurf eines Völkerbundspakts von 1914 angesehen: Der Bundesrat hatte damals die Idee, die Institutionalisierung der Schweiz als neutralen Sitz der Völkerbundsbehörden vorzuschlagen; es ist die gleiche Idee, die Denis de Rougemont mit seinem "europäischen Bundesdistrikt Schweiz" ein wenig verballhornt hat. Demnach wäre in dieser Richtung einiges zu bedenken und neu zu formulieren, auch zur Beruhigung unserer öffentlichen Meinung. Die Schweiz besitzt trotz allem das Erbe des Völkerbundes: sie ist europäischer Sitz der Vereinten Nationen, ohne Mitglied dieser Organisation zu sein;

es liegt in ihrem Interesse, ihre Funktionen als Träger internationaler Güter Dienste auszubauen. Auch innerhalb Europas - nicht der EWG, sondern des in verschiedene Gruppierungen geteilten Kontinents - könnten vielleicht solche Möglichkeiten aktiviert werden. Diese Probleme waren einst in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sehr zentral und sind in der Zeit des "Réduit" in Vergessenheit geraten; ich glaube, dass sie wieder aktuell werden könnten.

Der Vorsitzende:

Rey stellte mir die Frage, warum Bundesrat Schaffner in London so selbstbewusst hervorgetreten sei. Ich antwortete ihm, dass wir uns nicht als Trabanten der Briten fühlten, sondern als gleichberechtigtes Mitglied der EFTA. Rey erhob darauf sein Glas und stiess auf das Wohl der Schweiz an. Dass wir uns in Brüssel nicht zur Kasse drängen, hat uns nicht nur nicht geschadet, sondern genützt.

Bundesrat Schaffner:

In Brunnen, Zürich und im Parlament habe ich bereits erklärt, wir seien bereit und willens das zu tun, was sich aufdrängt, sofern eine Erweiterung der EWG zustandekommt und diese etwas ganz anderes wird, als was sie einmal war - ein NATO-Brückenkopf. De Gaulle ist wohl nicht nur neutral, sondern glaubt anti-amerikanisch sein zu müssen. Wir sind bereit, die Lage zu prüfen, sobald sich eine solche Erweiterung abzeichnet.

Ich halte die Aeusserung de Gaulles "etwas ganz Neues" für sibyllinisch; vielleicht dass er später etwas aus ihr zu machen gedenkt, denn jedes Wort hat bei ihm eine besondere Bedeutung; eine Erweiterung wäre also nicht unbedingt ausgeschlossen, und die Idee eines Brückenschlags, die Formel der EFTA, war keine schlechte Denkform.

Sollte eine Neuauflage der OECE möglich sein (die sich allerdings nur mit der Abschaffung der mengenmässigen Beschränkung befasste), so wäre es töricht, nicht daran teilzunehmen. Wenn wir

zu diesem Behuf das Gesuch in Brüssel haben stehen lassen, so brauchen wir jetzt Brüssel nicht mit lächerlichen Stilübungen zu bedrängen.

Wenn sich Schweden als Klient Grossbritanniens gebärden will, dann kann de Gaulle mit Recht von den "nordique atlantiques" sprechen. Der Mythos des Nordischen Marktes ist gross: Schweden will sich nicht von Norwegen trennen lassen, und in beiden Ländern ist das Integrationsproblem innenpolitisch umstritten. Norwegen wird also ein Beitritts gesuch stellen, obschon dies für seine Wirtschaft nicht unproblematisch ist (Norwegen hat nur wenige industrielle Gross- und viele Kleinproduzenten; die Landwirtschaft wird durch die Integration grosse Schwierigkeiten haben).

Die schwedische Regierung wird, von der Opposition bedrängt, einen Brief nach Brüssel schreiben, darin Verhandlungen verlangen, ein Vorgehen, das niemanden befriedigen kann und durch das nichts zu erreichen sein wird.

Die Schweiz hat in den Verhandlungen der Kennedy-Runde bewusst sowohl ihre ganze wirtschaftliche Kraft in die Waagschale geworfen, als auch die weltpolitische Karte ausgespielt; die wirtschaftliche Einkreisung konnte durchbrochen werden: 7,4 % Durchschnittsbelastung der schweizerischen Ausfuhren nach der EWG sollten für uns vorerst tragbar sein und wirtschaftlich sollten wir nun eine ausreichende Bewegungsfreiheit besitzen.

Bei dem in der Kennedy-Runde eingeschlagenen Weg sollte es möglich sein, mit den in diesen Verhandlungen geknüpften Beziehungen noch einige weitere Probleme zu behandeln und mit der EWG pragmatisch zu lösen. So wäre auf dem Gebiet der Uhren eine Erweiterung des Abkommens zwischen den Industrien über das in der Kennedy-Runde Erreichte hinaus möglich, und auch Abkommen über Textilien - wo das Ergebnis der Kennedy-Runde eher enttäuschend ist - könnten angestrebt werden. Vielleicht könnte man auch für die Landwirt-

- 27 -

schaft europäische Lösungen versuchen. In dem uns beschäftigenden Problem gilt es, auf jeden Fall einen Weg zu finden, der die Schweiz nicht als britischen Klientel-Staat erscheinen lässt. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass wir uns nicht im Zusammenhang mit den Schritten Norwegens und Schwedens in Brüssel melden dürfen. Eine rein taktische Frage bleibt, ob man die Erklärung in Brüssel durch Botschafter Wurth übergeben lässt, oder ob man sie z.B. in Genf, wo ich den designierten Präsidenten der EWG-Kommission im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Kennedy-Runde wohl sehen werde, übergibt oder hernach zustellt. Inwieweit diese Schritte mit Publizität zu umgeben sind, bleibe vorläufig dahingestellt.

Botschafter Jolles:

Es dürfte schwer halten mehr zu tun als das, was die Verwaltung zur Aufklärung der öffentlichen Meinung bereits getan hat. Insbesondere ist es nicht möglich, in der gegenwärtigen Scheinübung die Position der EFTA-Partner blosszustellen. Wir können gewiss nicht öffentlich erklären, dass Grossbritannien keine Chancen habe und Schweden sein Gesuch lediglich aus innenpolitischen Rücksichten zu stellen gezwungen sei. Bundesrat Schaffner hat sich in den letzten Tagen bemüht, den schweizerischen Standpunkt in Vorträgen und im Parlament darzulegen. Darüber hinaus werden die schweizerischen Publizisten ihren Beitrag zur Aufklärung der öffentlichen Meinung zu leisten haben. Wichtig ist und bleibt, dass das Neutralitätstproblem nicht zu einer parteipolitischen Streitfrage wird, wie dies im Falle Oesterreich leider geschehen ist.

Aus Brüssel rät Botschafter Wurth ab, dass auch die Schweiz schriftlich an die EWG-Behörden gelange, ebenso hält er das schwedische Vorgehen für gänzlich verfehlt, und die Schweiz müsse sich vor einem solchen Fehler hüten. Andererseits ist er aber der

- 28 -

Ansicht, die Schweiz solle auf irgendeine andere Weise ihr Interesse an einer erweiterten EWG teilnehmen zu wollen, zum Ausdruck bringen.

Die schweizerische Erklärung konnte entweder nächsten Dienstag im Parlament abgegeben werden oder aber im Zeitpunkt, da Schweden sein Gesuch stellt. Eine Erklärung im Parlament, die zeitlich früher wäre als der schwedische Schritt, erschiene zwangsloser, auch weil dadurch der Aspekt der EFTA-Solidarität weniger unterstrichen würde. Auch Botschafter Long würde es begrüßen, wenn die Schweiz etwas unternähme, vor allem um der Gefahr der Cliché-Bildung "Grossbritannien-Skandinavien-EWG" entgegenzutreten, einem Cliché, das in London bereits ziemlich verbreitet zu sein scheint. Botschafter Caillat wird uns vielleicht darüber berichten können, wie in Paris über diese Frage gedacht wird.

Ambassadeur Caillat:

En réponse à la première question du Ministre de Salis (après-gaullisme): Il est incontestable que la position de de Gaulle s'est affaiblie à l'intérieur. De nombreux politiciens pensent déjà à l'après-gaullisme, comme par exemple un Giscard d'Estaing.

Toutefois, cet affaiblissement n'a que peu d'influence sur la question de l'adhésion de la Grande Bretagne au Marché commun. Loin de remuer l'opinion publique, ce problème n'intéresse qu'une minorité de spécialistes. Parmi ces derniers, la cause de la Grande Bretagne n'est pas très populaire et l'opinion qui veut qu'une adhésion de la Grande Bretagne serait désavantageuse pour l'économie du Marché commun y trouve un certain écho.

Le Général a bien en mains la machine gouvernementale. Les affaires importantes - telles que celles du Marché commun - sont concentrées autour de la Présidence et du Ministère des affaires étrangères. La Présidence dispose d'un corps d'élite d'environ

- 29 -

80 fonctionnaires, en majorité des anciens élèves de l'ENA qui, en fait, contrôlent toutes les affaires qui ont trait au Marché commun.

En réponse aux réactions possibles de la France à une action ou inaction de la Suisse:

J'estime que la Suisse devrait poursuivre sa politique de bonne entente, aussi bien avec la France qu'avec le Marché commun. Pour cela, il est important qu'elle manifeste de l'intérêt pour les questions du Marché commun. Mais ce serait une erreur de donner l'impression d'être dans le sillage des Anglais ou des Scandinaves. Nous avons avantage à ne pas nous mêler au "jeu" qui se déroule actuellement entre la Grande Bretagne et le Marché commun.

En résumé il faudrait

- éviter que l'opinion publique suisse puisse croire à un immobilisme du gouvernement
- manifester un intérêt pour les questions du Marché commun en insistant sur l'argument de l'intégration de fait de la Suisse en Europe
- éviter de se mettre à la remorque des Anglais et surtout des Scandinaves dont la politique a été peu habile ces derniers temps.

#### Der Vorsitzende:

Auf die Frage nach den Aussichten von bilateralen Verhandlungen hat Bundesrat Schaffner zum Teil bereits geantwortet. Es besteht in der Tat eine Reihe von Problemen, die sich für eine Weiterführung der in der Kennedy-Runde begonnenen Kontakte eignen würden. In erster Linie stellt sich hier die Frage, ob solche neue Verhandlungen auf Grund der Meistbegünstigungsklausel geführt würden oder auf ein präferenzielles Abkommen zielen sollen. Als in der Schlussphase der Kennedy-Runde auf dem Chemiegebiet grosse Schwierigkeiten entstanden, liessen wir das Stichwort "Präferenzlösung" fallen. Rey ging damals nicht darauf ein.

- 30 -

Auf dem Uhrengebiet wurde ein Abkommen geschlossen, das eine 30%-ige Senkung der Zölle vorsieht und eine Gemischte Regierungskommission schafft, die weitere Liberalisierungsmassnahmen zu prüfen hat. Wenn möglich soll zu weiteren Senkungen der Zölle und Behebung der Handelshemmnisse geschritten werden. Dieser Weg liegt nahe, weil es sich im Grunde um ein und dieselbe Industrie diesseits und jenseits des Juras und des Rheins handelt.

Es ist vielleicht nur noch eine Zeitfrage, wann mit Brüssel die noch vorhandenen Probleme bilateral und pragmatisch gelöst werden können. Deshalb wäre es nicht tunlich, schon allzubald in Brüssel anzuklopfen und Verhandlungen im Zusammenhang mit einer Erweiterung der EWG zu fordern. Zunächst ist das Schicksal des britischen Beitrittsgesuches abzuwarten. Bis dahin sind die Kontakte, die wir mit der EWG angeknüpft haben, aufrechtzuerhalten, wie dies z.B. in der erwähnten Gemischten Uhren-Regierungskommission geschieht. Anderweitige Beziehungen sollten ebenfalls gepflegt und keine Gelegenheit zur Kontaktnahme mit Brüssel ausgelassen werden; denn was wir anstreben, sind praktische Resultate.

Nationalrat Weber:

Ich möchte Botschafter Caillat noch eine Frage stellen. Vielfach wird darüber spekuliert, was in Frankreich nach de Gaulle passiere und oft herrscht die Meinung, dann sei eine Schwenkung der französischen Politik zu erwarten. Ich glaube vielmehr, de Gaulles Ansichten werden in weiten französischen Kreisen vertreten. In der Verwaltung ist bereits heute eine "Grossmacht" vorhanden, die in den Bahnen de Gaulles denkt und die sich nicht von einer neuen Regierung vertreiben lässt. Die Gegnerschaft zu den USA würde sich eventuell abschwächen.

Ambassadeur Caillat:

En réponse à M. Weber: Il est faux de croire qu'après de Gaulle la France reviendra à une politique du genre de celle de la IVe République. Il faut plutôt s'attendre à ce que les grandes lignes de la politique gaulliste subsistent, à l'exception de l'anti-américanisme qui devrait s'atténuer. Par une propagande intense, la politique gaulliste a réussi à prendre pieds dans les masses. Ce phénomène ne s'éteindra pas du jour au lendemain. D'autre part, on ne peut pas nier/<sup>que</sup>très souvent cette politique correspond au bien de la France, ce qui la rend populaire. Je pense à la politique à l'égard de l'Est. Un autre exemple: le Français moyen, même s'il ne s'intéresse pas particulièrement aux questions de l'OTAN, est favorable à ce que la France se dote de moyens de défense autonomes. Quant à la politique de rapprochement à l'égard de l'Allemagne, même si elle n'est pas populaire, on reconnaît qu'elle est dans l'intérêt de la France, tant que l'Allemagne suit les directives de Paris.

Je puis conclure en disant qu'il ne faut pas s'attendre à un changement radical de la politique française après la disparition de de Gaulle. En ce qui concerne plus particulièrement l'adhésion de la Grande Bretagne aux Communautés européennes, il faut relever qu'actuellement la situation économique de la France (stagnation) ne s'accommoderait guère d'un agrandissement du Marché commun.

Professeur Reverdin:

L'Ambassadeur Jolles a souligné qu'un des inconvénients de nos négociations est qu'elles restent toujours sur un plan strictement économique. Je pense pour ma part qu'il serait extrêmement délicat de s'aventurer sur un plan politique et que, pour l'instant, il est préférable de se limiter aux questions d'ordre économique.

Par contre, je pense qu'il serait souhaitable que la Suisse collabore de manière plus intense sur le plan international dans les domaines de la science et de la technologie. Je me permets de rappeler à ce propos le plan Fanfani et les résolutions que le Parlement



- 32 -

européen et l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe ont adopté lors de leur dernière séance commune.

J'estime que dans ce domaine la Suisse pourrait se montrer plus audacieuse, en accordant des crédits ou en envoyant des délégués, comme cela a d'ailleurs été le cas dernièrement pour la réunion pour des questions spatiales à Florence, aux réunions des organisations internationales en question.

#### Der Vorsitzende:

Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass die schweizerische Aussenpolitik kein Unterhaltungsprogramm darstellt. Wir sollen und dürfen nicht verzweifelt nach Gegenständen suchen, um uns zu beschäftigen. Wenn erklärt wird, die schweizerische Aussenpolitik habe sich auf das Wirtschaftliche zu beschränken, dann ist dies eine zu grosse Simplifikation. "Auf das Wirtschaftliche beschränken" soll wahrscheinlich doch<sup>nur</sup>/heissen, dass wir zwar Aussenpolitik betreiben, uns aber den Händeln der Grossen fernhalten. Auch wäre es naiv, wenn die Schweiz etwa mit Weltfriedensplänen aufwarten wollte, denn hier sind allein die Grossmächte entscheidend. Wir haben uns mit den Realitäten abzufinden. Und doch wäre es vielleicht möglich, dass die Schweiz eine aktivere Aussenpolitik treibt, und dies nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, d.h. nicht nur dort, wo ein unmittelbarer Gewinn für unser Land zu erwarten ist. Indem die Schweiz mit ihren Guten Diensten<sup>vermehrt</sup>/zur Verfügung steht, würde der Mythos vom "Zurückziehen ins Schneckenhaus" und vom "Egoismus der neutralen Schweiz" zerstört.

Wir sollten in Zukunft mehr solche Aufgaben suchen und uns aus freien Stücken daran beteiligen. 1961/63 befanden wir uns in einer Defensivposition. Der Gegensatz USA/Sowjetunion war damals derart stark, dass er alles andere überschattete. Heute haben sich die Verhältnisse geändert und die Bewegungsfreiheit auch eines Landes wie der Schweiz ist viel grösser.

Botschafter Jolles:

Wir hatten kürzlich im Zusammenhang mit der Initiative der OECD für eine europäische Studie über das "technological gap" feststellen können, dass oftmals schweizerischerseits gewaltige Hindernisse für ein vermehrtes Mitmachen bestehen. Weil diese Studie ungeschickt aufgezogen worden war, hat die schweizerische Wirtschaft negativ reagiert; im Ausland glaubt man jetzt, wir wollten alle Bestrebungen auf dem technologischen Gebiet blockieren. Auch hier wäre es nötig, aufklärend zu wirken.

Botschafter Ruediger:

In voller Uebereinstimmung mit Herrn Reverdin hinsichtlich der Mitarbeit der Schweiz auf wissenschaftlicher, technologischer Ebene kann man sich fragen, ob unser Land wohl/<sup>hin</sup>und und wieder nicht initiativer sein könnte, wobei ich jetzt an ein anderes Gebiet denke, nämlich an internationale Abkommen betreffend die Atomfrage. Die Wiener Konvention betreffend Haftpflicht für Atomschäden z.B. ist bei uns immer noch pendent, obgleich sie bereits von vielen Ländern unterzeichnet wurde. Ich gestatte mir diese Anregung, in der Hoffnung, dass die auch von der Schweiz in Wien geleistete Arbeit nicht umsonst getan sei.

Botschafter Jolles:

Für Atomfragen bin ich gewiss nicht zuständig. In der von Ihnen angeschnittenen Angelegenheit liegen zwei Konventionen vor, jene über die öffentliche Haftpflicht und jene über ein Kontrollsystem. Letztere steht im Zusammenhang mit der Nonproliferation und ist etwas festgefahren. Bei den zivilen Schutzmassnahmen sollte die Schweiz hingegen keine Hemmungen haben mitzumachen, und es stünde ihr gut an, Initiativen zu ergreifen.

- 34 -

Ambassadeur Micheli:

Je souscris pleinement à ce qu'à dit l'Ambassadeur Weitnauer sur notre politique étrangère qui, en effet, obéit à deux sortes de préoccupations:

- coopérer, dans la mesure où c'est possible, avec d'autres pays
- crainte de la satellisation qui se manifeste non seulement au niveau des petits pays, mais également à celui de l'Europe, comme le démontre la politique du Général de Gaulle. Si les idées sur ce que doit être l'Europe, sur son objectif final, sont déjà difficiles à saisir d'une manière générale, combien ne le sont elles pas encore plus pour un pays neutre comme la Suisse.

Pour en revenir à la question concrète qui a été posée: Pour ma part, je donne la préférence à une déclaration du Conseil fédéral à l'occasion de la réponse à l'interpellation Weber. Quant à savoir sous quelle forme cette déclaration pourrait être communiquée à Bruxelles, je pense qu'on pourrait combiner les deux solutions qui ont été proposées: d'une part, une communication aux autorités compétentes du Marché commun par l'intermédiaire de notre mission à Bruxelles, d'autre part - comme l'a proposé M. le Conseiller fédéral Schaffner - information de M. Rey lors de la rencontre qu'il aura avec M. Schaffner à l'occasion de la signature du Kennedy Round.

Professeur Reverdin:

Il ne faut pas trop insister sur la réponse à donner à M. Weber. Ce qui est important, c'est que nous l'ayons dans nos archives, de manière à pouvoir nous y référer le moment venu.

Botschafter Jolles:

Die Stellungnahme des Bundesrates sollte im gegenwärtigen Moment m.E. möglichst kurz sein. Im Text wäre darauf hinzuweisen, dass das frühere Verhandlungsgesuch nicht zurückgezogen wurde, weil die Schweiz zufolge ihrer geographischen Lage an der europäischen Integration interessiert sei und damit rechne, an einer er-

weiteren EWG teilnehmen zu können. Dieses Interesse brauche jedoch nicht in einem demnächst schon zu erfolgenden konkreten Schritt in Brüssel zum Ausdruck zu kommen. Das schweizerische Zuwarten bedeute nicht, dass die Schweiz nicht bereit sei, im richtigen Zeitpunkt Verhandlungen aufzunehmen. Ferner würde an die Kennedy-Runde angeknüpft, als an einen auch für die Zukunft gangbaren Weg, und es müsste betont werden, dass in der Kennedy-Runde auf Grund des gutnachbarlichen Verhältnisses erfreuliche Resultate erzielt worden seien.

Botschafter Ruegger:

Diese Skizze des Rahmens der Stellungnahme scheint mir ausgezeichnet. Es erhebt sich vielleicht die Frage, ob nicht in einem Nebensatz darauf hinzuweisen wäre, dass die bereits im früheren Verhandlungsgesuch hervorgehobene schweizerische Neutralität seit 150 Jahren "dans l'intérêt de toute l'Europe" kodifiziert sei, ohne dabei im einzelnen auf die damaligen Ausführungen zurückzukommen.

Der Vorsitzende:

Man könnte beifügen, dass die Neutralität, die seit 150 Jahren kodifiziert ist, die Schweiz nie gehindert hatte, mit den übrigen europäischen Staaten eng zusammenzuarbeiten.

Botschafter Jolles:

Auch Schweden wird in seinem Gesuch das Neutralitätsproblem behandeln und die drei Neutralitätsvorbehalte wiederholen, die bereits 1961 vorgebracht worden waren. Dadurch kann allerdings der Eindruck erweckt werden, dass die Dokumente von 1961 wieder hervorzuziehen sind, wie wenn sich nichts geändert hätte.

- 36 -

Botschafter Ruegger:

Schweden befindet sich heute in der gleichen Situation wie die Schweiz vor 1648. Es sucht ein Gewohnheitsrecht zu schaffen, das für uns 1815 kodifiziert wurde.

Nationalrat Weber:

Wir sollten vermeiden, dass diese Stellungnahme den Eindruck erweckt, dass wir infolge unserer abweichenden Auffassung der Neutralität anders handeln als Schweden. Vielmehr gehen wir von einer andern Beurteilung der Situation aus.

Ministre de Salis:

Je me rallie entièrement à ce que vient de dire M. Reverdin. J'estime d'autre part qu'il n'y a pas lieu de faire une démarche officielle à Bruxelles. Une simple information verbale devrait suffir..

Der Vorsitzende:

So hat es Bundesrat Schaffner gewiss auch gemeint. Botschafter Wurth wird Herrn Rey auf Herrn Schaffners Erklärung aufmerksam machen und gegebenenfalls deren Text ganz informell überreichen.